

Ressort: Politik

Koalition einigt sich auf Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken

Berlin, 26.06.2013, 14:56 Uhr

GDN - Verbraucher sollen nach dem Willen von Schwarz-Gelb künftig besser vor unerlaubter Telefonwerbung und unseriösem Inkasso geschützt werden. Die Koalition einigte sich nach Informationen des "Handelsblatts" (Donnerstagsausgabe) nach monatelangen Diskussionen auf einen "Gesetzentwurf gegen unseriöse Geschäftspraktiken", der an diesem Donnerstag im Bundestag verabschiedet werden soll.

Der von Union und FDP gefundene Kompromiss sieht für den Bereich der Telefonwerbung vor, dass am Telefon abgeschlossene Verträge bei Gewinnspielen zusätzlich der Bestätigung in "Textform" bedürfen. Ob das Fax, E-Mail, SMS oder Brief bedeutet, ist nicht näher bestimmt. Zudem sollen die Bürger stärker vor den zweifelhaften Methoden einiger Inkasso-Firmen geschützt werden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-16610/koalition-einigt-sich-auf-gesetz-gegen-unserioese-geschaeftspraktiken.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619